



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/178 - 9. August 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 83
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1	Wiedereinführung der Todesstrafe? Ein bezeichnender CDU-Vorstoß	38
2 - 4	Zur Lockerung der Embargo-Politik Vergrößerter Osthandel - auch für uns!	77
5	Rechtsbruch in Berlin Das ist kein Beitrag zur Entspannung	43
6	Erinnern Sie sich noch an St. Atomius? Zur Biographie Paul Wilhelm Wengers	50

* * * *

* * *

Wiedereinführung der Todesstrafe?

W.J. - In sporadischen Abständen wird die Einführung der Todesstrafe auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussionen gesetzt. Der neueste Beitrag stammt aus Nordrhein-Westfalen, wo sich der frisch gebackene Justizminister Dr. Otto Flehinghaus (CDU) mit ausgerechnet diesem Thema der Presse vorstellte.

Flehinghaus will die Todesstrafe für Gewalt- und gewisse politische Verbrechen eingeführt wissen, so für Landesverrat, "wenn sich jemand nach außen gegen das Vaterland betätigt". Seine Begründung: Wir leben in einer "gefallenen Welt", in der der "Obrigkeit der bestimmte Auftrag erteilt ist, Sicherheit und Ordnung mit Gewaltanwendung" zu wahren. Allerdings weiß auch Dr. Flehinghaus, daß die Zahl der Gewaltverbrechen sich seit Abschaffung der Todesstrafe verringert hat. Als ehemaliger Richter hält er auch die Abschreckungswirkung für zweifelhaft. Wenn er die Todesstrafe dennoch eingeführt wissen will, so "um dem Gefühl der Umwelt Rechnung zu tragen!"

Die Todesstrafe, so meinte der Minister, sei vom parlamentarischen Rat nur deshalb abgeschafft worden, weil die Nationalsozialisten damit "zu viel Unfug" getrieben hätten. Das Grundgesetz sei nur ein "Provisorium", das nun durch Änderungsgesetze ergänzt werden müsse, so auch hinsichtlich der Todesstrafe, die in "traditions- und landschaftsverbundener Form" ausgeführt werden soll.

Die Ministeräußerungen böten reichlich Stoff für Glossen und Satiren wenn nicht ein ernster Hintergrund wäre: Wenn hier nicht die Vernichtung von Menschenleben gefordert würde, nicht um des Rechtes willen, nicht um die Menschen, um die Unschuld zu schützen, nein, um "dem Gefühl der Umwelt Rechnung zu tragen", um billigen Beifalls willen also. Und man könnte lächeln über den Eifer eines Länderministers, wenn er nicht - als ein Justizminister! - eine offenbar sehr geringe Wertschätzung vom Grundgesetz als dem Fundament unseres staatlichen Lebens besäße. Man könnte zu Tagesordnung übergehen, wenn dies nicht der erste Schritt einer mit absoluter Mehrheit regierenden CDU-Regierung in die Öffentlichkeit wäre.

So aber hat man zu registrieren, daß Rechtsmaßnahmen, die mit dem "Gefühl der Umwelt" motiviert werden, in sehr bedenklicher Nähe jenes "gesunden Volksempfindens" sind, das einmal als Grundlage eines Unrechtsstaates herhalten mußte. Die Äußerungen des Justizministers demonstrieren jedenfalls eindeutig, welche Zweifel man in die demokratische Zuverlässigkeit einer Partei setzen muß, die sich jeweils vor Wahlen so gern als getreue Hüterin der Verfassung aufspielt.

Zur Lockerung der Embargo-Politik

a. - Der Handel mit dem Ostblock ist seit dem Aufkommen der Nachkriegsspannungen zwischen Ost und West Beschränkungen unterworfen, und er wird es auch bleiben. Aber die Beschränkungen werden gelockert werden, nach Vereinbarungen der Nato-Staaten und Japans schon Mitte August. Die langwierigen Verhandlungen, die über dieses Problem geführt wurden, sind zu einem Abschluß gekommen, dessen konkrete Einzelheiten zwar bisher noch nicht mitgeteilt wurden. Die formelle Bestätigung durch die beteiligten Regierungen steht noch aus. Aber der wesentliche Inhalt der gegen großes amerikanisches Widerstreben erreichten Verhandlungsergebnisse ist schon zuverlässig bekannt.

Die Liste der für die Ausfuhr in den Ostblock verbotenen Güter, die bisher 151 Positionen umfaßte, wird auf die Hälfte zusammengestrichen: Werkzeugmaschinen, Lokomotiven, Fahrzeuge aller Art, optische Geräte und seltene Metalle werden in Zukunft ohne Beschränkung in den Ostblock geliefert werden können. Damit erübrigt sich die illegale Ausfuhr dieser Güter, die bisher gang und gäbe war. Besonders die Engländer hatten es zu einer gewissen Meisterschaft in Dreiecks- und Vierecksgeschäften gebracht. Deutsche Industrielle, die die Sowjetunion besuchten, haben dort neue englische Maschinen gesehen, die eigentlich nicht dorthin hätten geliefert werden dürfen. Nun wird man diesen Handel legalisieren - wohl vor allem in der Hoffnung, ihn kräftig zu beleben. Die umstrittene Liste der nationalen Kontingente im Ost-West-Handel wird sogar in der bisherigen Form mit ihren vielen Diskriminierungen ganz fallen.

Es ist nicht schwer zu erraten, warum die Amerikaner bei allgemeiner Konjunkturschwäche schließlich dieser Neuregelung zugestimmt haben. Gerade bei den nun freigegebenen Waren wird eine beträchtliche Aufnahmebereitschaft einiger Ostblockstaaten, vor allen der Sowjetunion und Chinas vermutet. Anhaltspunkte hierfür haben die Industriellen aller beteiligten Länder, die die Sowjetunion bereist haben, in großer Zahl gefunden. Und zwar handelt es sich nicht nur um ein Interesse an Prototypen, die später von den Ostblockstaaten nachgebaut werden sollen: die eigene Erzeugung hochwertiger Maschinenanlagen ist wohl beachtlich und wird immer mehr gesteigert. Aber man hofft, in den Ostblockstaaten den industriellen Aufschwung noch zu beschleunigen, wenn man bestimmte

9. August 1958

Produktionen einzelner Investitionsgüter durch Einfuhren ergänzen können. Der Erfahrungsaustausch mit dem Ausland fällt dabei am Rande ab.

Insbesondere wird auch der Handel mit China kräftig gesteigert werden. Hier gibt es einen noch größeren Bedarf an Fremdinvestitionen als in der Sowjetunion. Westliche Lieferungen nach China hat es schon bisher in beträchtlicher Anzahl gegeben, die meisten davon bestanden aus illegal exportierten englischen Waren. Werden aber nicht auch bald amerikanische Firmen versuchen, in China Fuß zu fassen? Zum Beispiel bemüht sich die amerikanische Autoindustrie sogar um den Export schwerer amerikanischer Wagen in die Sowjetunion, berichteten deutsche Industrielle nach ihrer Rückkehr aus Moskau. Wieviel näher liegt es, amerikanische Wagen nach China zu bringen! Und wird nicht vom Export amerikanischer Waren auf dem Umweg über die Vorstellungen der Wirtschaftler in Washington vielleicht der entscheidende Anstoß für eine Revision der amerikanischen Haltung China gegenüber kommen? Die politischen Wirkungen eines ausgedehnten Ost-West-Handels sind nicht hoch genug einzuschätzen. Es ist immer noch besser, die Politik wird von den Händlern gemacht als von Soldaten. Die Freigabe des Naturgummiexportes wird den unterentwickelten Ländern helfen.

Unsere eigene Regierung wird hoffentlich nichts gegen eine Ausweitung des Ost-West-Handels einzuwenden haben. Die Empfehlungen der Verhandlungskommissionen, denen sie noch formell zustimmen muß, wird sie hoffentlich gutheißen. Beim Abschluß des Handelsvertrages mit der Sowjetunion und bei seinem Besuch in Bonn hat der sowjetische Außenhandelsminister Mikojin die Auffassung vertreten, daß der vereinbarte deutsch-sowjetische Handel noch beträchtlich gesteigert werden könnte. Delegationen der westdeutschen Industrie haben sich wie die anderer Länder ausführlich in der Sowjetunion informiert und dabei festgestellt, daß die anderen Nato-Länder schon lange vor dieser Lockerung der Ausführbestimmungen Verhandlungen über die Lieferung der damals noch verbotenen Güter aufgenommen hatten. Man sollte sich in dieser Lage zu einer würdigen und geschickten Handelspolitik schneller Entscheidungen entschließen, denn die allgemeine Konjunkturlage läßt es sicher angezeigt erscheinen, in mancher Beziehung neue zusätzliche Liefermöglichkeiten zu erschließen. Man sollte vom Osthandel keine Wunder erwarten, erstlich erwartet sie auch niemand. Aber warum sollen wir nicht aufgreifen, was uns nur verloren gehen kann, wenn wir nicht schnell genug zugreifen? Nach der Zustimmung zu den Empfehlungen über die

Aufhebung des Embargos sollte die Bundesregierung keiner deutschen Industriegruppe Hindernisse in den Weg legen, so viele neue Geschäfte mit dem Osten abzuschließen, wie das nur möglich ist. Wir können uns den Ruf einer friedlichen und fleißigen Nation, die den Abenteuern der Vergangenheit abgeschworen hat, am besten durch ausgedehnte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erwerben, die aller Welt unseren nüchternen und vernünftigen Sinn erkennbar machen.

+ + +

Tanz auf Parteibeinen.

K.J. Die Tanzelevinnen der bekannten Palucca-Schule sind in argen Nöten. Nach Wunsch und Willen der SED sollen sie nämlich ihre Übungen vom Spagat bis zum Pas de deux geringachten und dafür mehr Fleiss für parteipolitische Eiertänze aufwenden. So will es die "sozialistische Umgestaltung" des Schulwesens in der Zone.

Immer wieder gerät die Palucca-Schule ins Feuer der Parteigestrengen. Die Dresdner SED-Führer nennen sie "das schwächste Glied im Fachschulwesen des ganzen Bezirks" und kritisieren im harten Funktionärsdeutsch, dass die "sozialistische Erziehung überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden ist". Das aufgeschreckte, für die Bildung in der Zone zuständige Staatssekretariat droht, bald werde man "kadernässig die Konsequenzen aus der aufgezeigten Schwächen ziehen".

Arme Tanzschüler! Die erste Konsequenz dürfte für sie sein, dass sie nicht mehr wie bisher so oft nach Westen reisen dürfen. Streng wurde der Frau Direktor aufgerechnet, sie habe unbegreiflicherweise allein im vergangenen Jahr 28 Reisen in die Bundesrepublik und ins "kapitalistische Ausland" gemacht. Aus Gründen des umfassenden Studiums? Die SED pfeift darauf und meint, alles lasse sich auch zuhause lernen. Oder weiter östlich. Der Westen versuche, zersetze, verderbe.

Die Palucca-Schüler sollen nicht mehr auf zwei Hochzeiten tanzen - das ist das erste. Bald schon wird die Weisung folgen, dass eine Tänzerin erst dann zur Primaballerina avancieren kann, wenn sie dem Parteibüro eine Eins in Gesellschaftswissenschaft nachweisen kann.

Terpsichore bekommt den dialektischen Klotz ans Bein...

+ + +

Rechtsbruch in Berlin

sp - Was in der Berliner Enklave Steinstückchen geschehen ist, lässt wieder einmal die prekäre Lage sichtbar werden, in der sich das geteilte Berlin als eingeschlossene Insel in der vordersten Frontlinie des Kalten Krieges befindet. Formell und de facto sind die vier Siegermächte - die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich - immer noch verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dieser geteilten Stadt. Alle vier Mächte haben sich aus wohlwollenden Gründen bisher gehütet, die zugegebenermassen recht dünnen Fäden, die sie an die Gesamtverantwortung für Berlin binden, völlig zerreissen zu lassen.

Die Enklave Steinstückchen gehört zum amerikanischen Sektor der Stadt. Wir sind gewiss die allerletzten, die bei jedem Zwischenfall leichtfertig nach Soldaten rufen. In diesem Falle, als 800 Volkspolizisten vor der Augen einer wehrlosen und empörten Bevölkerung einen Flüchtling jagten und ihn mit Handfesseln abführten, wäre sofortiges amerikanisches Eingreifen erforderlich gewesen, da der Westberliner Polizei jede Eingreifmöglichkeit genommen ist. Die amerikanische Kommandantur in Westberlin war vom Überfall der Volkspolizei auf die Enklave verständigt worden. Dennoch traf sie keine Schutzmassnahmen für das bedrohte Gebiet, sie begabte sich einige Stunden danach mit Protesten bei den zuständigen sowjetischen Behörden. Diese Inaktivität steht in einem bezeichnenden Widerspruch zum Verhalten gleicher Stellen, wenn es sich um die Gefährdung amerikanischer Staatsbürger handelt. Auf die Westberliner muss dies recht deprimierend wirken.

Das ist die eine Seite dieses betrüblichen und aufreizenden Vorgangs. An die Adresse der sowjetischen Militärbehörden ist zu sagen, dass sie nicht gerade der Entspannung dienen, wenn sie "Volkspolizisten" in militärischen Polizeiaktionen auf Westberliner Gebiet einsetzen, um dort eine Menschenjagd zu veranstalten. Dies ist umso frevelhafter, als gerade die Ostberliner Volkspolizei kaum etwas unternehmen kann, was nicht vorher die Zustimmung auch der sowjetischen Militärstellen gefunden hat. Wer Entspannung auf internationaler Ebene erreichen will, der muss dafür sorgen, dass an den Nahtstellen des Eisernen Vorhanges Aktionen unterbleiben, die Konflikte vermehren und einen Zustand der Rechtsunsicherheit und der Willkür hervorrufen. Im Falle der Enklave Steinstückchen ist das leider nicht geschehen, hier erfolgte ein brutaler Rechtsbruch.

So lange die Berliner Abmachungen noch bestehen, sind auch die sowjetischen Militärstellen daran gehalten, Pankow auf die Finger zu klopfen, wenn es eine Treibjagd auf Menschen in Gebieten unternimmt, auf denen es nichts zu suchen hat. Nichts kann die sowjetischen Oberherren Pankows von dieser Verpflichtung entbinden.

Erinnern Sie sich noch an St. Atomius?

G.E. Es war einmal ein Mann, der hatte am 31. August 1946, also vor nunmehr zwölf Jahren, diese Erkenntnis:

"Spüren Sie denn nicht, daß eine "Christliche Partei" eine Belastung für die Kirche und ein Gewissensdruck für alle jene Christen darstellt, die sich erlauben, eine andere politische Meinung zu haben als der geistige Mittelpunkt des Bürgertums, der "Kreuz" sagt und "Kassenschrank" meint?"

Was mag das für ein Mann gewesen sein, der die "Christliche Partei" so tief ausgelotet hatte? Ein erleuchteter Sozi? Ein haßerfüllter Bolschewist?

Der gleiche Mann schrieb, ein paar Monate nach dieser Erkenntnis folgende

"Variationen über ein CDU-Wahlplakat":

Vater, Mutter, Tochter, Sohn -
Alle wählen die Union"
Selbst der kleine Säugling schon
Schätzt den neuen Einheitsstern!
Doch was wählt der Onkel!
Der mit dem Karbonkel?
Und was wählt die anverwandte
Eiertorte auf dem Lande?
Was der Altparteigenosse?
Was der NSV-Blockwaller?
Was der braune Volksgenosse?
Was Herr Schmitt vom Postschekkschalter?
Was Ernährungsamtman Müller?
Was sein Tintenfaßbefüller?
Sei's als Vater, sei's als Sohn?
Was er wählt, man weiß es schon!
Endlich gehen "Stadt und Land"
Selbst am Wahltag "Hand in Hand".
Drauf . . .
(im allgemeinen Einverständnis)
Wahl auch du . . .
nur CDU!"
Ist das nicht (o Selbsterkennnis!)
kollektives Schuldgeständnis?? "

Auch nicht schlecht, nicht wahr? Die Ergüsse standen in "Wespennest" einer politisch-satirischen Wochenschrift jener Jahre. Als Verfasser zeichnete ein "St. Atomius".

Wo ist St. Atomius heute? Was schreibt er jetzt?

Er schreibt auch heute recht gepfeiferte Sachen, ja, aber die Variationen über die CDU lauten nun ganz anders: sie allein ist die Retterin des christlichen Abendlandes, das Heil der Deutschen, die Hoffnung nicht nur des geistigen Mittelstandes, sondern auch der ÖV-Kartellorderschaft samt dem Abendländischen Akademikertum. St. Atomius hat radikal "umgeschaltet". Er heißt jetzt wieder schlicht Paul Wilhelm Fenger und ist Redakteur beim "Rheinischen Merkur", dem Leitblatt Adenauers.

Man muß als "Realpolitiker" die Konjunktur immer berücksichtigen. Wer heute Satiriker ist, der muß morgen positiver Leitartikler sein können. Sonst und anders kann er doch das Abendland nicht retten...